



„Die Türkei kann nicht Vollmitglied der EU werden“

Für den Bundestagsvizepräsidenten Singhammer machen die Heranführungshilfen keinen Sinn mehr

Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer sieht die Entwicklung der Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdogan äußerst kritisch. Eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei schließt der CSU-Politiker bei einem Redaktionsgespräch in unserem Straubinger Verlagshaus deshalb aus, dafür plädiert Singhammer für eine andere Form der Kooperation.

Herr Singhammer, das EU-Parlament will die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vorerst nicht fortführen und auch keine neuen Verhandlungskapitel eröffnen. Wie beurteilen Sie diese Entscheidung?

Singhammer: Das EU-Parlament bewertet das richtig. Die Entscheidung richtet sich ja nicht gegen die Türkei, sondern gegen die Art und Weise, wie Präsident Recep Tayyip Erdogan beispielsweise mit Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit umgeht. Dieses Verhalten lässt sich nicht mit den europäischen Werten vereinbaren. Die Europäische Kommission und der Europäische Rat müssen unverzüglich weitere Konsequenzen aus dem Votum des Parlamentes ziehen.

Wie sollten diese Konsequenzen Ihrer Meinung nach aussehen?

Singhammer: Für die Heranführungshilfen an die EU flossen allein im vergangenen Jahr 625 Millionen Euro in die Türkei, davon 133 Millionen Euro aus Deutschland. Spätestens nach der Entscheidung des Parlaments machen diese Hilfen keinen Sinn mehr, weil sie ja als Zielverbesserungen bei Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit haben. Das ist nachweislich nicht erreicht worden.

Sie sehen also keine Chance auf eine EU-Mitgliedschaft der Türkei?

Singhammer: Wir müssen endlich ehrlich gegenüber der Türkei sein: Sie kann nicht Vollmitglied der EU werden. Das muss jetzt offen ausgesprochen werden. Dann kann man Verhandlungen mit der Türkei über eine privilegierte Partnerschaft – sprich eine sehr enge Kooperation – beginnen. In diesem Fall hätte Ankara keine Stimmrechte innerhalb des Europäischen Parlaments und auch keine Mitwirkungs-

rechte innerhalb der Kommission. Ein solches Vorgehen würde eine neue Perspektive eröffnen.

Europa ist in der Flüchtlingsfrage auf die Kooperation der Türkei angewiesen. Wie viele Zugeständnisse sollte man Ankara machen?

Singhammer: Das Hauptproblem bei dem Ganzen ist die in Aussicht gestellte Visumfreiheit für Türken. Bisher sind die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt. Selbst wenn die Türkei aber alle Voraussetzungen irgendwann erfüllen sollte, wäre die Gewährung der Visumfreiheit hochproblematisch. Wir wissen nicht, wer die neuen Pässe dann ausgehändigt bekäme. Aber wenn es so sein sollte, dass zu allererst bewusst Kurden diese Pässe mit der Erwartung bekommen sollten, anschließend nicht mehr in die Türkei zurückzukehren, dann ist es natürlich das Gegenteil von dem, was als Visumfreiheit verabredet war. Wenn dadurch ein innertürkischer Konflikt etwa nach Deutschland importiert wird, dann kann das nicht in unserem Interesse sein.

Wie soll man jetzt mit den Drohungen Erdogans umgehen, Flüchtlinge nach Europa durchzuwinken?

Singhammer: Das ist eine ganz unangenehme und unpassende Drohkulisse. Es zeigt sich, dass sich Erdogan in manchen Bereichen von einem Partner zu einem Gegenspieler der EU gewandelt hat. Europa täte deshalb gut daran, durch eine eigene Sicherung der EU-Außengrenzen dafür zu sorgen, dass man jederzeit selbst Herr des Verfahrens ist. Zur Ehrlichkeit gehört auch: Über die Türkei kommt derzeit quasi überhaupt kein Flüchtling herein. Da hält Erdogan seine Zusagen ein. Unser größeres Problem ist die Route über Nordafrika und Sizilien.

Die CSU fordert nun, die CDU müsse die „Obergrenze“ akzeptieren, oder man werde nicht in eine gemeinsame Regierung eintreten. Wie realistisch ist das denn?

Singhammer: Wir befinden uns in einem ganz schwierigen Diskussionsprozess mit der Schwesterpartei CDU. In den nächsten Monaten wird über das Thema Integrationsfähigkeit, das eng mit der Obergren-

ze zusammenhängt, gesprochen werden. Es stellt sich die Frage: Wie viele Flüchtlinge können wir in Deutschland so integrieren, wie wir es uns wünschen und wie es sinnvoll für ein gutes Zusammenleben ist?

Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Singhammer: Wir müssen verstärkt die Frage des Familiennachzugs ins Blickfeld nehmen. Auf diese Weise kamen 2014 über 63000 Menschen nach Deutschland; 2015 waren es schon circa 74000. In diesem Jahr haben wir noch mal eine enorme Steigerung. Ohne, dass überhaupt ein weiterer Flüchtling zu uns kommt, stehen wir wegen der hohen Zahl Nachreisender vor einer

gewaltigen Herausforderung. Wir dürfen nichts politisch betreiben, wodurch erkennbar eine Überforderung bei den Bürgern in Deutschland einträte. Diese Haltung ist nicht auf bösem Willen oder Ablehnung begründet, sondern folgt dem gesunden Menschenverstand.

Die Flüchtlingsproblematik ist für viele Bürger nur der Katalysator, um ihrem Ärger über tieferliegende Probleme – etwa die größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich – Luft zu verschaffen. Wie will die CSU darauf reagieren?

Singhammer: Wir müssen ganz nah am Menschen sein. Trotz des enormen wirtschaftlichen Wachstums beklagen viele, dass ihre Lage nicht richtig wahrgenommen wird. Gerade beim Wohnungsbau müssen wir etwas tun. Gleichzeitig gilt es, klar zu benennen, dass es als Folge des Flüchtlingszuzugs auch Konkurrenzsituationen hierzulande gibt. Nicht weil wir das Leid der Menschen nicht sehen, sondern weil wir in unserer Integrationsfähigkeit begrenzt sind. Es geht um diese Fragen: Wer steht im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung? Ist das derjenige, der hier seit Jahrzehnten lebt und der darauf vertraut, dass die Politik seine Probleme benennt und nach Möglichkeit löst? Oder steht ausschließlich noch die Flüchtlingsfrage im Mittelpunkt, sodass eine wachsende Zahl an Bürgern den Eindruck gewinnt, dass man sich nicht ausreichend darum



kümmert. Die Frage der Identität ist eine ganz entscheidende. Als CSU stellen wir uns ihr.

Sie werden dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören – Sie beenden ihre Parlamentarierkarriere. Wie sollte sich die CSU Ihrer Ansicht nach in Berlin neu aufstellen? Ministerpräsident Horst Seehofer hat ja Veränderungen angedeutet.

Singhammer: Die CSU ist nach meiner Überzeugung in Berlin sehr gut vertreten. Wir setzen vieles

durch und man muss ja auch mal bedenken: Die CSU hat 58 von insgesamt 633 Bundestagsabgeordnete. In der Koalition sind wir natürlich nicht der größte Partner, aber dennoch sehr durchschlagskräftig.

Das Straubinger Rathaus ist vergangenen Freitag abgebrannt. Kann die Stadt aufgrund dieses schlimmen Ereignisses auf Bundesmittel zum Wiederaufbau hoffen?

Singhammer: Ein solcher Brand, bei dem das Herz Straubings

einer Feuersbrunst ausgesetzt war, ist etwas, das ganz Bayern angeht. Es geht um ein Kulturdenkmal, das allen Bayern am Herzen liegt. In der Vergangenheit hat es immer wieder Möglichkeiten gegeben, im Lichte einer solch außergewöhnlichen Katastrophe auch außergewöhnliche Hilfen zu gewähren.

Interview: Dr. Gerald Schneider, Verena Lehner und Jens Knüttel